

Kleine Anfrage Alexander Feuz (SVP): Was kostet die städtische Fehlplanung bei der Einschränkung der Hauszustellung der Post? Wer hat diese politisch zu verantworten?

Die Stadt Bern plant die Haustürzustellung für Pakete durch die Post einzuschränken. Dieses Vorhaben setzt voraus, dass die entsprechenden Bundesgesetze geändert werden müssten. Der frühere SP-Präsident und jetzige Verwaltungsratspräsident der Post lehnt dieses Vorhaben klar ab. Zudem steht es im Widerspruch zu eigenen Planungen der Stadt Bern.

https://www.blick.ch/politik/post-praesident-lverat-nimmt-stellung-zu-berns-paekli-plaenen-die-wirtschaft-gibt-uns-den-takt-vor-id18076838.html?utm_source=campaign&utm_medium=email&utm_campaign=share-button&utm_term=blick_app_ios:

«Ich verstehe die Sorge um die Nachhaltigkeit, aber der Weg ist der falsche. Die Leute wollen die Pakete zu Hause haben. Wir wollen zu unseren Kunden, und ausserdem sind wir gesetzlich verpflichtet, in der ganzen Schweiz die Zustellung an die Tür zu gewährleisten – auch in der Stadt Bern.

Was Sie beschreiben, ist genau das Modell der Post in Zürich. Wir haben Mikrobasen in der Stadt, die wir nachts bedienen. Von da an können wir die Päckli mit Elektrofahrzeugen bis an die Haustüren ausliefern. Hier im Sortierzentrum Ostermundigen, wo wir auch Pakete für die Stadt verarbeiten, schaffen wird gerade 70 Elektroautos an.»

Die finanziell klamme Stadt Bern darf nicht vorpreschen und ihre Ressourcen und das Steuersubstrat für sinnlose Planungen vernichten. Es befremdet, dass die Stadt plant, ohne sich über den Stand der Entwicklung des Paketzentrum Ostermundigen zu informieren.

Der Gemeinderat wird deshalb aufgefordert die folgenden Massnahmen zu planen und zu realisieren:

1. Was kostet den Steuerzahler diese städtische Fehlplanung (Einschränkungen der Haustür-Paketzustellung durch die Post)?
 - a. Mann-/Fraustunden der Verwaltung? (approximativ)
 - b. Kosten Dritter? Wie hoch?
2. Wer hat von Seiten des Gemeinderates diese Fehlplanung zu verantworten?
3. Wurde mit der Post nicht Kontakt aufgenommen? Wenn nein, warum nicht?

Bern, 24. November 2022

Erstunterzeichnende: Alexander Feuz

Mitunterzeichnende: -

Antwort des Gemeinderats

Es gibt keine Planung des Gemeinderats, die Hauszustellpflicht durch die Post abzuschaffen oder einzuschränken. Die Flächensicherung für Logistikbelange stellt eine der grössten Herausforderungen für die städtische Güterversorgung dar: Der hierfür nutzbare öffentliche Raum ist rar und jegliche Nutzungen stehen in Konkurrenz mit anderweitigen räumlichen oder städtebaulichen Ansprüchen. Aus diesem Grund lässt der Gemeinderat, basierend auf dem Konzept Stadtlogistik Bern, die Rapp AG das «Standortkonzept Warenhubs» erstellen. Für die Erarbeitung dieser Arbeiten sind Fr. 93 000.00 reserviert. Die Grundlagen wurden im Rahmen eines partizipativen Workshopverfahrens erarbeitet, an welchen unter anderem auch die Post beteiligt war. Da Regulations-

szenerien einen essenziellen Einfluss auf die Flächenbedürfnisse der städtischen Güterversorgung haben, wurden hierbei auch mögliche Auswirkungen von Veränderungen der gegenwärtigen Rahmenbedingungen (u.a. Hauszustellpflicht durch die Post) ergebnisoffen diskutiert. Die Deutung, dass in diesem Zusammenhang eine konkrete städtische Planung hinsichtlich einer Einschränkung der Hauszustellung durch die Post oder Ähnliches vorliege, entstammt der Berichterstattung der Tageszeitung «Blick» und entspricht nicht der Realität.

Zu Frage 1:

Die Prüfung der zur Frage stehenden Stossrichtung im Partizipationsverfahren verursachte einen approximativen Aufwand von Fr. 3 000.00

a) Arbeitsstunden Stadtverwaltung:

Ca. 20 Stunden für partizipatives Verfahren, ca. 40 Stunden infolge Medienanfrage «Blick» inklusive Richtigstellung gegenüber der am Partizipationsverfahren beteiligten Stakeholder.

b) Kosten Dritter:

Für Dritte entstanden keine Kosten. Die Angaben zur inhaltlichen Begleitung der Stadt durch ein externes Büro sind in der Einleitung ersichtlich.

Zu Frage 2:

Das «Standortkonzept Warenhubs» entspringt der Massnahme M13 des «Konzepts Stadtlogistik Bern», welches im Sommer 2020 vom Gemeinderat verabschiedet wurde.

Zu Frage 3:

Die Post wurde, wie eingangs erwähnt, in das Workshopverfahren zum «Standortkonzept Warenhubs» einbezogen und brachte sich in die Diskussion zu den möglichen Stossrichtungen und Regulationsszenarien ein.

Bern, 11. Januar 2023

Der Gemeinderat